



Nachhaltigkeit und Fortschritt

Vereinbarung

**über die Zusammenarbeit der Fraktionen
von SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und dem Abgeordneten der Piratenpartei
im Kreistag Hameln-Pyrmont
für die Wahlperiode 2011 bis 2016**

Präambel

1. Politikbereiche

- 1. Landkreis / Wirtschaft / Finanzen**
- 2. Freiwillige Leistungen**
- 3. Jugend / Schule / Soziales**
- 4. Integration / Jung und Alt / Öffentlichkeit**
- 5. Energiepolitik und Klimaschutz**
- 6. Von der Abfallwirtschaft zur Stoffstromwirtschaft**
- 7. Naturschutz / Landwirtschaft und Bodenschutz**
- 8. Mobilität / ÖPNV / Verkehrsströme / Radwegesystem**
- 9. Planen / Bauen / Umwelt**

2. Organisatorisches

3. Personalien

Präambel

Mit dieser Vereinbarung legen die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete der Piratenpartei im Landkreis Hameln-Pyrmont die Eckpunkte für ihre gemeinsame politische Arbeit in der kommenden Wahlperiode fest.

Die Vereinbarung ist auf eine verbindliche Zusammenarbeit ausgerichtet und so gestaltet, dass in einem kontinuierlichen Diskussions- und Entscheidungsprozess auch für neue Anforderungen angemessene Lösungen erarbeitet werden können.

Die Fraktionen gestalten die Politik im Kreistag grundsätzlich auf der Basis ihrer Programme. Um die Gruppenverantwortung deutlich werden zu lassen, sollen die Abstimmungen einvernehmlich erfolgen. Unstimmigkeiten sollen bereits im Vorfeld geklärt und ausgeräumt werden. Bei Entscheidungen, die die Grundwerte der Programme berühren, muss nach vorheriger Absprache ein unterschiedliches Abstimmverhalten toleriert werden.

Die Politik der nächsten fünf Jahre wird sich weiterhin an folgenden Prinzipien orientieren:

- dem sorgsamem und nachhaltigen Umgang mit ökologischen, sozialen und finanziellen Ressourcen
- der Gleichstellung aller Menschen
- dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Beteiligung von Betroffenen vor politischen Entscheidungen.

1. Politikbereiche

1.1 Landkreis / Wirtschaft / Finanzen

Interkommunale Zusammenarbeit

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, die sich im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit ergeben. Auch neuen Wegen gegenüber werden wir uns aufgeschlossen zeigen. Vieles wird aber ohne Unterstützung des Landes nicht gehen.

Wir werden alles tun, um auch in kleinen Schritten eine Zusammenarbeit mit den kreiseigenen Kommunen und zwischen den Landkreisen zu verbessern. Der Landkreis nutzt künftig jede Möglichkeit zur Zusammenarbeit. Dazu übernimmt er nicht nur Aufgaben der Kommunen im Einvernehmen mit diesen, sondern unterstützt auch die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Kommunen.

Die Privatisierung von kommunalen Betrieben lehnen wir ab. Im Auftrag des Landkreises dürfen zukünftig nur noch Unternehmen tätig werden, die die geltenden Tarif- und Mindestlohnregelungen umsetzen.

Das Ziel muss sein, die Dienstleistung für BürgerInnen zu optimieren.

Unsere Wirtschaftsförderung soll die strukturellen Ressourcen bündeln. Wir setzen Schwerpunkte in den Bereichen Informationstechnologie, Gesundheit, Tourismus und Erneuerbare Energien. Wir wollen die Transparenz erhöhen, den Mittelstand stärken und neue Firmen ansiedeln. Das setzt voraus, dass wir den Hochschulstandort Hameln stärken und ausbauen. Dies soll unter dem Leitbild der ökologischen Nachhaltigkeit erfolgen.

Von der Weserbergland AG werden wir strategische Ziele für ihre Arbeit einfordern und überwachen, damit sich in Zukunft erfolgreiche Modelle besser in konkretes wirtschaftliches Handeln umsetzen lassen. Dazu sollen über Budgetierung und Controlling der Projekte, Akzente gesetzt werden.

Sparsames Haushalten bleibt auch für die nächsten Jahre oberstes Gebot, um die Zukunftsaufgaben bewältigen zu können. Die Zusammenarbeit mit Nachbarkörperschaften im Schulbereich, im Ver- und Entsorgungsbereich sowie der Abfallwirtschaft ist notwendig, wobei nicht die Grenzen zwischen Kommunen und Landkreisen sondern Qualität, Kostengesichtspunkte und Effizienz ausschlaggebend sind

1.2 Freiwillige Leistungen

Stärkung des Ehrenamtes zum Erhalt der Vereins- und Verbandsarbeit

Bürgerschaftliches Engagement ist eine Säule des Zusammenlebens und aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Die Unterstützung gemeinwohlorientierter Projekte birgt einen hohen Attraktivitätsgewinn für die Menschen. Daher werden wir die wichtige Arbeit der Vereine, Verbände und Kirchen weiterhin unterstützen. Sofern Förderungen des Landes wegzubrechen drohen, werden wir prüfen, ob der Landkreis im Einzelfall durch die Übernahme der wegfallenden Landesförderung weiterhin unterstützend tätig sein kann.

Kultur

Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir auch weiterhin Kulturangebote wie z.B. Radio Aktiv, die Sumpflume, den Landschaftsverband und andere Einrichtungen unterstützen.

Sport

Der Erhalt eines flächendeckenden Breitensportangebots ist auch erforderlich, um die Lebensqualität vieler Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Gleichzeitig werden hiermit gesundheitspolitische Aspekte berücksichtigt. Deshalb werden wir daran arbeiten, den Vereinen und Verbänden die Hallen und Gemeinschaftseinrichtungen auch künftig kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Sicherheit

Wir unterstützen die ehrenamtlich tätigen Hilfskräfte, die mit vollem Engagement und Einsatz bei Feuerwehr, THW und Rotem Kreuz für unsere Sicherheit sorgen und in vielen Fällen Hilfe leisten.

Kinder und Jugendliche

Kein Kind darf zurückgelassen werden. Deshalb ist eine früh einsetzende abgestimmte Kette von Präventionsmaßnahmen notwendig. Besonders in der Sprachförderung und in der Familienbegleitung sehen wir einen deutlichen Handlungsbedarf. Wir wollen, dass für Kinder in allen Schullaufbahnen gleiche Qualitätsstandards gelten (Stichwort: Inklusion).

1.3 Jugend / Schule / Soziales

Wir wollen Schule „neu denken“ und „anders lernen“ ermöglichen. Schulstrukturen sind zwar nicht alles, sie schaffen aber die Rahmenbedingungen, die für unsere Kinder von großer Bedeutung sind.

Daher fordern wir, sofern wir keine IGS durchsetzen können, ein gymnasiales Angebot in Hess. Oldendorf. Wir wollen keine SchulabgängerInnen ohne Abschluss. Wir unterstützen deshalb Schulformen, die längeres gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern zum Ziel haben. Wir lehnen die Ungleichbehandlung der verschiedenen Schulformen ab. Wir fordern die Landesregierung auf, die Benachteiligung von Integrierten Gesamtschulen bei Neugründung und bei der Ausstattung von Lehrerstunden zu beenden. Wir wollen kreisweit ein gutes und zukunftsfähiges Schulangebot nach den berechtigten Wünschen der Eltern schaffen. Dabei streben wir nach einem ausgewogenen Ganztagsangebot mit einem gesunden Mittagessen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten wollen wir die Schulsozialarbeit und die Inklusion ausbauen. Eine inklusive Gemeinschaft ist das Ziel. Dabei werden auch übergreifende Konzepte von Jugendhilfe und offener Jugendarbeit erwartet.

Die Schulen im Sekundarbereich I und II soll der Landkreis in Trägerschaft übernehmen. Dies erscheint sinnvoll angesichts der künftig z. T. stark rückläufigen Schülerzahlen und der damit verbundenen Notwendigkeit zur Durchsetzung eines einheitlichen Schulentwicklungsplans für den gesamten Landkreis. Diese Bündelung der Kompetenzen rechtfertigt sich auch aufgrund der knappen Kassen hinsichtlich anstehender Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Ergänzend dazu, werden wir den ÖPNV ausbauen und optimieren. Auch für die kostenlose Schülerbeförderung für Sek II-SchülerInnen werden wir uns einsetzen. Dies ist ein wirkungsvoller Beitrag zur Entlastung der Eltern.

Auch die berufsbildenden Schulen müssen sich den veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Dadurch wird auch künftig die Qualifizierung von FachabiturientInnen unterstützt. Gerade aufgrund des demografischen Wandels kommt dem dualen System der beruflichen Bildung für Nachwuchskräfte des Mittelstandes eine noch größere Bedeutung zu. Die Berufsbildenden Schulen müssen so aufgestellt werden, dass auch SchulabgängerInnen mit Defiziten eine Ausbildungsfähigkeit erwerben können.

Die Zukunft der beruflichen Fort- und Weiterbildung muss geklärt werden. Weitere Schwerpunkte bilden die Zukunft der Elisabeth-Selbert-Schule, die Altenpflege-, Krankenpflege- und Hebammenschulen im Landkreis und die Sprachförderung.

Wir wollen außerdem den Übergang von der Schule in den Beruf für benachteiligte Jugendliche nach besten Möglichkeiten gestalten. Dazu bedarf es einer Überprüfung der Modelle und Projekte am Übergang zwischen Schule und Beruf auf Qualität und Effektivität. Die Möglichkeit einer zentralen Anlaufstelle mit Lotsenfunktion in diesem Bereich soll überprüft werden.

1.4 Integration / Jung und Alt / Öffentlichkeit

Die Gesellschaft verändert sich auch bei uns im Landkreis. Die Menschen leben länger, es werden weniger Kinder geboren, und der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund steigt. In diesem Bereich wollen wir die Integrationsarbeit als Schlüsselaufgabe fördern und einen Integrationsrat einrichten, der in die Arbeit des Kreistages eingebunden wird.

Kinderfreundliche Kommunen sind wichtig, insbesondere für junge Familien. Nur in den Kommunen, in denen sich junge Menschen wohl fühlen, lassen sie sich nieder und gründen eine Familie. Wir wollen ein familien- und kinderfreundliches Umfeld schaffen.

Einen ebenso wichtigen Faktor bilden die älteren MitbürgerInnen. Ihre Zahl wird kontinuierlich steigen. Dieser Entwicklung müssen wir Rechnung tragen. Neben den erforderlichen Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege sind alternative Wohnformen zu unterstützen. Der Bedarf im Dienstleistungssektor wird stark ansteigen. Gemeinsam mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden müssen wir rechtzeitig eingreifen, um die Herausforderungen der nächsten Jahre bewältigen zu können. Die kommunale Seniorenpolitik muss versuchen, eine Infrastruktur der Grundversorgung aufzubauen. Wichtigste Punkte sind hier Barrierefreiheit, altersgerechte Wohnstrukturen, der ÖPNV und die medizinische Versorgung gerade auch im ländlichen Raum. Die Einrichtung eines Pflegestützpunktes werden wir prüfen.

Den modernen und geänderten Einstellungen der Gesellschaft wollen wir uns dahin öffnen, dass wir die Arbeit von Politik und Verwaltung nach außen tragen und die BürgerInnen teilhaben lassen. Dazu planen wir die Veröffentlichung der Anträge und Protokolle im Internet. Den BürgerInnen soll außerdem ermöglicht werden, online Anfragen zu Sachthemen in den Ausschüssen unter dem Tagesordnungspunkt „Bürgerfragestunde“ zu stellen. So können sich jederzeit BürgerInnen sicher sein, dass ihre Anfrage Gehör findet und später die Antwort im auf der Homepage des Landkreises abrufen.

Geprüft werden soll außerdem die Übertragung von kompletten Sitzungen im Internet, die Durchführung von BürgerInnenbefragungen ab einem bestimmten Investitionsvolumen und die Einrichtung eines Bürgerhaushaltes.

Wir halten eine Anpassung der Verwaltung an die Gegebenheiten der digitalen Welt für notwendig und wollen dazu den Einsatz quelloffener Software prüfen und mit der Verwaltung diskutieren.

1.5 Energiepolitik und Klimaschutz

Die abbauwürdigen Vorräte der fossilen Energieträger und Rohstoffe gehen zur Neige. Hier wollen wir ein Zeichen setzen und den Landkreis zum Vorbild, Förderer und Motor für den Klimaschutz machen. Die bestehende Hamelner Erklärung und das Klimaschutzkonzept des Landkreises sind der Orientierungsrahmen. Es ist vorgesehen, die Planungen zur Folgenutzung am AKW Grohnde als Erneuerbare-Energien-Gelände unterstützend zu begleiten.

Unsere Vorbildfunktion ist erforderlich, um Maßstäbe zu setzen, die zum Nachahmen motivieren oder Verbindlichkeiten vorgeben. Kreiseigene Liegenschaften müssen auf ihre Energieeffizienz überprüft und entsprechend den Standards saniert werden. Dieses soll in Zusammenarbeit mit der Kreissiedlungsgesellschaft geschehen. Wir wollen Klimaschutz als Teil des Umweltschutzes in den Kommunen als Querschnittsaufgabe verankern. Bei allen künftigen Planungen und im gesamten Beschaffungswesen sollen Gesamtökobilanzen unter Einbeziehung der Klimaaspekte erstellt werden.

Der Landkreis muss als Förderer auftreten, um die Klimaschutzagentur zwecks Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes dauerhaft zu etablieren. Über das Jobcenter muss auch eine Energiesparberatung für einkommensschwache Haushalte möglich sein. Windkraftanlagen und Biogasanlagen werden befürwortet an den Stellen, an denen der höchste Nutzen und die geringste Belastung für die Bevölkerung entstehen, auch über die Kreisgrenzen hinaus. Dies beinhaltet auch die Genehmigung von Kleinwindanlagen.

Ökologische Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21 ist Leitbild von Politik und Verwaltung im Landkreis Hameln-Pyrmont. Die Klimaschutzagentur soll aus diesem Grund Nachhaltigkeitsschulungen im Beschaffungs-, Bau-, Zulassungs- und Energiemanagement des Landkreises durchführen. Wir fördern nachhaltige und ökologische Entwicklung um den Standort Hameln-Pyrmont attraktiv zu machen für zukunftsorientierte Unternehmer, junge Familien und Tourismus.

Der Landkreis Hameln-Pyrmont kann durch regionale Energiegewinnung Arbeitsplätze schaffen und regionale Wertschöpfung betreiben. Dadurch erwarten wir neben neuen Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Handwerk, einen neuen dualen Studiengang an der HSW(Hochschule Weserbergland) und ein allgemein größeres Umweltbewusstsein.

Wir werden Nachhaltigkeitsindikatoren entwickeln, anhand derer der Erfolg unserer Anstrengungen für mehr Klimaschutz und gegen Rohstoffverschwendung überprüft werden kann.

Der Landkreis schließt sich der Kampagne „Fairtrade Towns“ an und setzt deren Anforderungskriterien sukzessive um.

1.6 Von der Abfallwirtschaft zur Stoffstromwirtschaft

Auch die Abfallwirtschaft ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie steht aus diesem Grund nicht zur Disposition und bleibt kreiseigen.

Zunächst einmal geht es darum ein reales Vermeiden von Abfällen jeglicher Art zu erreichen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist, den organischen Anteil in der Restmülltonne zu verringern. Die Grüne Tonne muss dafür satzungsgemäß eingesetzt werden, was einer erheblichen Ausweitung entspricht.

Die Grünschnittabfuhr wird beibehalten. Vergärbare und hölzerne Anteile sollen getrennt werden. Die Finanzierung dieses Vorhabens soll mit dem Budget der Kreisabfallwirtschaft geleistet werden.

Der Landkreis soll insgesamt energie- und rohstoffsparend ausgerichtet werden. Auch die erneuerbaren Energien müssen rohstoffsparend umgesetzt werden. Eine Begleitgruppe soll eingerichtet werden, um alle Neuerungen ausführlich vorzubereiten und die BürgerInnen ausreichend zu informieren.

Im Zuge der Reduzierung des Verbrauchs fossiler Energien muss geprüft werden, ob in weiteren Abfallsegmenten wertvolle und energiehaltige Rohstoffe enthalten sind, die man durch Getrenntsammlung und/oder Nachsortierung zurückgewinnen kann. Positive Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Bereich sind in der Arbeit der kommenden fünf Jahre zu beachten.

1.7 Naturschutz / Landwirtschaft und Bodenschutz

Ein besonderes Problem ist der ausufernde Kiesabbau im Wesertal. Wir kritisieren auf Landesebene seit Jahren das einseitig, auf die Interessen der Rohstoffindustrie, zugeschnittene Landesraumordnungsprogramm. Auf Kreisebene werden wir auf möglichst weitgehende Natur- und Menschenverträglichkeit bei den verschiedenen Formen des Bodenabbaus achten.

Wir setzen uns verstärkt ein für die Sicherung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, von Natur und Landschaft, Tier- und Pflanzenarten, sauberer Luft und sauberem Wasser. Gebiete mit besonderen Tier- und Pflanzenarten müssen erhalten bleiben und Fließgewässer in einen ökologisch guten Zustand gebracht werden. Dem Grundwasser muss wieder mehr Beachtung geschenkt werden, da vielerorts die Nitratwerte infolge der Intensivlandwirtschaft in den letzten Jahren wieder angestiegen sind.

Die Gemeinden und der Landkreis haben im Bereich Natur und Landschaft erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten, durch die Landschaftsplanung, durch die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, durch die konsequente Überwachung im Natur- und Gewässerschutz und durch die konsequente Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung: möglich sind hier Flächenpools, Ökokonten, die Bündelung von Ausgleichsmaßnahmen und die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Wir setzen uns für Biotopvernetzung ein und für die umfassende Sicherung und Pflege von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten (FFH). Lokale Naturschutzprojekte wie z.B. Acker- oder Gewässerrandstreifenprogramme finden unsere volle Unterstützung. Eine weitere Ausdehnung von Mais-Monokulturen wird von uns abgelehnt.

Wir setzen uns für eine, an den Interessen von VerbraucherInnen orientierte, sozial-ökologische und wo immer möglich regionalbezogene Landwirtschaft - auch mit Ausbau des Ökolandbaus - ein. Wir können die bäuerliche Landwirtschaft unterstützen, indem wir z.B. das Regionalmarketing durch organisatorische und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass gerade für regional erzeugte Lebensmittel faire Preise gezahlt werden. Diese allmählichen Veränderungen stabilisieren nicht nur die Einkommen der Landwirte, sondern werden auch zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen führen.

Wir sind für artgerechte Tierhaltung und gegen Massentierhaltung. Darum lehnen wir die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft ab und fordern den Stopp überdimensionierter Mastanlagen, die auch Menschen und Umwelt schädigen. Sie gefährden die, im Weserbergland wichtigen Wirtschaftsfaktoren, Tourismus und Gesundheit. Der Landkreis soll für die Verhinderung solcher Projekte alle verfügbaren Mittel nutzen.

1.8 Mobilität / ÖPNV / Verkehrsströme / Radwegesystem

Es bedarf langfristig wirkender Konzepte, um den ÖPNV zukunftsfähig zu machen. Zielvorgabe ist es, den motorisierten Individualverkehr unter Beteiligung von BürgerInnen, Schulen und Unternehmen zu reduzieren, eine Grundversorgung in der öffentlichen Mobilität zu schaffen und die Akzeptanz des ÖPNV zu erhöhen. Dabei ist auch der Fahrgastbeirat mehr als bisher einzubinden.

Überprüft werden sollen die Vorteile von gestaffelten Schulanfangszeiten zur Entlastung der SchülerInnenbeförderung.

Erstes Ziel bleibt die kostenfreie Schülerbeförderung für die Sek II. Darüber hinaus soll die Vertaktung auf den Haupttrouten Aerzen - Hameln, Hessisch-Oldendorf - Hameln, Emmerthal - Hameln durch attraktivere Fahrzeiten gestärkt werden. Auch im ländlichen Raum soll durch den Einsatz von Kleinbussen der ÖPNV ausgebaut werden. Im Rahmen unserer Möglichkeiten soll eine Förderung der Erprobung von alternativen Modellen wie Taxibus, Weserbahn-Kombi-Ticket u.ä. erfolgen. Zudem sollte eine Machbarkeitsprüfung hin zu einem fahrscheinlosen ÖPNV durchgeführt werden. Nach wie vor gehört auch die Ausweitung des Großraum-Tarifs auf der Strecke Bad Münder bis Bad Pyrmont zu einem Anliegen unserer Gruppe.

Wir wollen ein integriertes Tarifsystem (S-Bahn, Bus, VHP (Verkehrsgesellschaft Hameln-Pyrmont) und Großraumbereiche mit ICE Anbindungen) für den kompletten Landkreis weiterentwickeln.

Das bestehende Radwegebauprogramm wird geprüft und fortgeschrieben. Mit dem Einsetzen des Fahrradbeirates wollen wir neben den Schulwegen auch die Radwege für den Tourismus (Weserradweg) mit einbeziehen und diese an andere Radwege anbinden. An Verkehrsknotenpunkten sollen sichere Fahrradstellplätze installiert werden.

1.9 Planen / Bauen / Umwelt

Wir machen uns für ein gesundes Wohnen und Arbeiten stark. Der Landkreis wird besonders darauf achten, dass in allen kreiseigenen Gebäuden und in den Gebäuden von Beteiligungsunternehmen stets gesunde Wohn- bzw. Arbeitsverhältnisse herrschen. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit möglicherweise vorhandenen Innenraumschadstoffen. Wo noch nicht geschehen, werden die zuständigen Stellen gezielt nach solchen Stoffen suchen und die betroffenen Räume bei einer Überschreitung von Vorsorgewerten schnellstmöglich sanieren. Eine unverzügliche Information der Betroffenen ist selbstverständlich.

Durch immer neue Wohn- und Gewerbegebiete wird die freie Landschaft eingeeignet und unersetzbarer Boden geht verloren. Für diesen fortschreitenden Flächenverbrauch gibt es angesichts sinkender Einwohnerzahlen künftig keine Rechtfertigung mehr. Wir setzen auf Kooperationen zwischen den Gemeinden und streben interkommunale Gewerbegebiete an optimalen Standorten an. Wir wollen kommunale Programme für die Innenentwicklung und das Flächensparen fördern. Dazu gehört ein kreisweites Baulückenkataster und Anreize für Eigentümer, Leerstände in nutzbare Baulücken umzuwandeln.

Die energetische Sanierung aller kreiseigenen und KSG-Gebäude soll weiter geführt werden. Damit wollen wir die Energieeffizienz bei den öffentlichen Gebäuden steigern.

Außerdem ist die Einführung eines Solarkatasters zur effizienten Nutzung von Dachflächen vorgesehen.

Wir werden Empfehlungen erarbeiten für weitere Biogasanlagen mit Wärmenutzung, den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung, die Errichtung von Blockheizkraftwerken, Stromspeichern und eine regionsspezifische öffentliche Förderung für Gebäudesanierung im Bestand.

Die Genehmigungsverfahren bei der Ansiedelung von Unternehmen sind zu straffen.

2. Organisatorisches

Die Gruppe vereinbart, einen Trägersausschuss für die Schulen im Landkreis mit allen Kommunen einzurichten.

Für die Themen Inklusion und Sprachförderung sollen Foren eingerichtet werden.

Ein Arbeitskreis wird sich mit dem Thema Geschäftsordnung befassen. Die geänderte Geschäftsordnung wird dazu führen, dass kreisweite Beiräte an den Ausschüssen teilnehmen können.

Um den Landkreis fortschrittlich und zukunftsorientiert aufzustellen, wird ein Arbeitskreis „Neue Medien“ eingesetzt, welcher sich mit den Problemen und Chancen der digitalen Welt beschäftigt.

Das Thema „Von der Abfallwirtschaft zur Stoffstromwirtschaft“ wird durch einen Arbeitskreis begleitet.

3. Personalia

Unter dem Motto „Mehr Dienstleistung in der Verwaltung“ werden in allen Bereichen der Kreisverwaltung die Arbeitsabläufe auf Effizienz geprüft. Eine Reduzierung und Vereinfachung von Verwaltungstätigkeiten und der damit verbundenen Stellenreduzierung im Verwaltungsbereich sollen zu einer Aufstockung in den Dienstleistungsbereichen führen. Stellennachbesetzungen in den Bereichen Jugend und Soziales unterliegen künftig nicht mehr den politischen Entscheidungen.

Im Rahmen einer nachhaltigen und fortschrittlichen Entwicklung kommt der Um- bzw. Neustrukturierung der Verwaltung große Bedeutung zu. Mit Blick auf die Schwerpunktthemen der Zukunft werden wir beantragen, die Stelle der Kreisrätin/ des Kreisrates wieder zu besetzen.

Hameln, den 14. Oktober 2011

SPD-Fraktion, Ulrich Watermann MdL, Vorsitzender

Bündnis 90/DieGrünen-Fraktion, Dr. Helmut Burdorf, Vorsitzender

Piratenpartei, Constantin Grosch, Abgeordneter